

# Europäische Pflegestrategie: Die Mitgliedstaaten müssen jetzt handeln!

## Gemeinsame Erklärung der Federation of European Social Employers und des Europäischen Gewerkschaftsverbands für den Öffentlichen Dienst (EGÖD)

18.01.2023

Die Europäische Kommission hat im September 2022 ihre europäische Pflegestrategie veröffentlicht. Die begleitenden Empfehlungen des Rates zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung und zur Langzeitpflege wurden nun von den 27 Mitgliedstaaten angenommen.

Mit der Verabschiedung am 8. Dezember 2022 verpflichten sich alle EU-Mitgliedstaaten, die Grundsätze der beiden Ratsempfehlungen auf nationaler Ebene umzusetzen. Der wachsende Bedarf an hochwertigen, erschwinglichen und zugänglichen Sozialdienstleistungen und die damit verbundenen Herausforderungen müssen von den Mitgliedstaaten dringend und rasch angegangen werden.

### Warum diese Pflegestrategie?

- Die meisten EU-Mitgliedstaaten melden einen erheblichen Personalmangel im Pflegesektor, und die Kluft zwischen Personalangebot und -nachfrage wird immer größer.
- Die Zahl der Menschen, die eine Langzeitpflege benötigen, wird bis 2050 um 23 Prozent steigen.
- Der Sektor birgt ein hohes Beschäftigungspotenzial: Bis 2050 werden mehr als 1,6 Millionen Langzeitpflegekräfte benötigt, um die Versorgung auf dem heutigen Niveau zu halten.
- Trotz steigender Nachfrage ist es aufgrund der niedrigen Löhne und der schlechten Arbeitsbedingungen in diesem Sektor schwierig, qualifizierte Arbeitskräfte zu finden und zu binden.
- Mehr als ein Drittel der Beschäftigten des Sektors sind zwischen 50 und 64 Jahre alt.
- Da 90 Prozent der Pflegekräfte Frauen sind, trägt die niedrige Entlohnung in diesem Sektor erheblich zum geschlechtsspezifischen Lohngefälle in Europa bei.
- Aufgrund des Mangels an erschwinglichen, zugänglichen Sozialdiensten übernehmen viele Verwandte, Freunde und Nachbarn – in der überwiegenden Mehrheit Frauen – informelle Pflegeaufgaben.

Die Social Employers und der EGÖD unterstützen die Grundsätze der EU-Pflegestrategie und die Forderung nach einer angemessenen, nachhaltigen öffentlichen Finanzierung der Sozialdienstleistungen und der Arbeitskräfte.

Im Einklang mit den Empfehlungen des Rates fordern die Social Employers und der EGÖD die EU-Mitgliedstaaten auf, jetzt zu handeln, und fordern diese Maßnahmen:

- Angemessene und nachhaltige Finanzierung von bedarfsgerechten Langzeitpflege-, Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und anderen sozialen Diensten.
- In Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern sollten Koordinierungsmechanismen für die Langzeitpflege, die frühkindliche Bildung und Erziehung sowie für andere soziale Dienste eingerichtet werden, die politische Maßnahmen und Investitionen konzipieren, umsetzen und überwachen sollen. Diese Maßnahmen sowie die öffentliche Finanzierung müssen die Qualität und Zugänglichkeit der Pflegedienste sowie die Arbeitsbedingungen in diesem Sektor verbessern.
- Durch den allgemeinen Zugang zu erschwinglichen Sozialdienstleistungen muss sichergestellt werden, dass informelle Pflege immer eine Wahlmöglichkeit und nicht eine Notwendigkeit ist. Die Mitgliedstaaten müssen auch Zwischenlösungen und Unterstützung fördern, um die Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt zu erleichtern.
- Behebung des Personalmangels durch Gewährleistung qualifizierter Arbeitsplätze und guter Arbeitsbedingungen für professionelle Pflegekräfte durch Tarifverhandlungen. Neben einer ausreichenden Finanzierung ist der soziale Dialog von entscheidender Bedeutung für die Gewährleistung von Tarifverträgen, die angemessene Löhne, gute Arbeitsbedingungen sowie Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz vorsehen. Die vom EGÖD und den Social Employers geforderte rasche Einsetzung eines Ausschusses für den sektoralen sozialen Dialog auf EU-Ebene für Sozialdienstleistungen durch die Europäische Kommission wird dazu beitragen.
- Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, um die Attraktivität des Sektors zu verbessern. Dies kann durch eine bessere berufliche Aus- und Weiterbildung, den Aufbau von Karrierewegen und die Aufwertung des beruflichen Status von Pflegekräften, die Legalisierung und den Schutz von irregulären Pflegekräften, von denen viele in der häuslichen Pflege tätig sind, sowie die Bekämpfung der Geschlechtertrennung erreicht werden.
- Einbeziehung der Sozialpartner in die Gestaltung und Umsetzung digitaler Lösungen in der Branche, damit sie den Arbeitnehmern und Empfängern echte Vorteile bringen und die menschliche Interaktion in keiner Weise ersetzen.

**Gregor Tomschizek**  
Präsident der Social Employers

**Jan Willem Goudriaan**  
Generalsekretär des EGÖD



Mit finanzieller Unterstützung durch die  
Europäische Union

**Die Federation of European Social Employers** (kurz: Social Employers) vertritt die Arbeitgeber im Bereich der Sozialdienstleistungen auf europäischer Ebene. Die Social Employers sind die repräsentativste europäische Arbeitgeberorganisation für den privatwirtschaftlichen Teil der Sozialdienstleistungen. Ihre 30 Mitglieder in 19 Ländern sind im Bereich der Pflege- und Betreuungsdienste für ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Kinder und andere ausgegrenzte oder benachteiligte Personen tätig. Die Social Employers tragen zu einer hohen Dienstleistungsqualität und qualifizierten Arbeitsplätzen bei, indem sie die Position der Arbeitgeber im Bereich der sozialen Dienstleistungen auf EU- und nationaler Ebene stärken, gemeinsame Positionen zwischen den Mitgliedern festlegen, sich am europäischen sozialen Dialog beteiligen und mit den europäischen Gewerkschaftsverbänden verhandeln.

**Der Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD)** ist ein Zusammenschluss von Gewerkschaften aus ganz Europa und vertritt über 8 Millionen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Der EGÖD ist die repräsentative europäische Gewerkschaftsorganisation für die Sozialdienstleistungsbranche. Der EGÖD setzt sich für bessere Arbeitsbedingungen, mehr Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit sowie mehr Rechte für seine Mitglieder ein. Im Dialog mit den Arbeitgebern auf europäischer Ebene handeln wir Best-Practice-Vereinbarungen aus, die das Arbeitsleben der Beschäftigten im öffentlichen Dienst verbessern und qualitativ hochwertige Dienstleistungen für die Bürger gewährleisten.

